

Nach der Flut: Ist die Umwelt noch zu retten?

Jeder Mensch hat über die letzten Wochen verfolgt, wie Millionen von Menschen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osteuropa und Asien sind von Hochwasserkatastrophen betroffen sind. Über 100 Tote sind in Europa zu beklagen, tausende in Asien. Ursache ist die Klimaerwärmung, das Schmelzen von Gletschern und Polareis. Das Klima verändert sich. Weite Teile der Welt sind von Wassermangel betroffen, während andere zu viel davon haben.

Auch wenn jetzt bürgerliche Politiker versprechen, mehr für die Umwelt zu tun, ist das nichts als Heuchelei und leere Versprechungen. Es ist jetzt zehn Jahre her, dass in Rio de Janeiro Maßnahmen zum Klimaschutz vereinbart wurden, doch passiert ist nichts. Anderes ist auch jetzt bei der Neuauflage in Johannesburg nicht zu erwarten. Die Regierungen werden von den Konzernen mit der Androhung eines Standortwechsels unter Druck gesetzt, die Klimaschutzauflagen nicht zu hoch zu setzen. Ressourcenschonung, Umweltschutz, Arbeitsschutz und Mitbestimmung werden als Hemmnisse betrachtet, die den Profitinteressen im Wege stehen. Auf der Strecke bleibt die Gesundheit und die Lebensqualität der gesamten Erdbevölkerung.

Noch viele sind über die Opfer des Hochwassers schockiert sind, doch einige Wirtschaftsexperten sprechen zynisch von den Chancen der Hochwasserkatastrophe: Der Wiederaufbau nach einer Naturkatastrophe, genau wie nach einem Krieg, würde die Wirtschaft beleben – die Hochwasserkatastrophe würde mit einem zusätzlichen Wachstum von 0,25 Prozent zu Buche schlagen.

Die etablierten Parteien nutzen die Katastrophe, um Wahlkampf zu machen, dabei haben sie alle in den letzten Jahren nichts getan, um die Menschen zu schützen. Um zu sparen, wurden Deichreparaturen vernachlässigt. Natürliche Überflutungsgebiete wurden bebaut, kaum etwas für die Umwelt getan. Es wird gesagt, dass zehn Jahre Aufbau Ost vernichtet seien und alles wieder wie vorher sei, als ob Grimma zu DDR-Zeiten aus Ruinen bestanden hätte. Die Herrschenden suchen nach einer Ausrede, um ihr eigenes Versagen zu kaschieren.

Milliardenschäden sind entstanden, jetzt sollen die kleinen Leute zur Kasse gebeten werden, in dem die zweite Stufe der Steuerreform verschoben wird. 1,2 Milliarden Euro sind die Unternehmer bereit freiwillig zu gebeten, doch die erste Stufe der Steuerreform bringt ihnen mehr als 12 Milliarden Euro pro Jahr. Die Kosten der Flut werden auf 15 bis 25 Milliarden Euro geschätzt. Das heißt, wenn die Unternehmer zwei Jahre wieder ihre Steuern zahlen würden, wären alle Schäden abgedeckt.

Das Sofortprogramm der SAV

- Kostenlose Abgabe von Lebensmitteln und Kleidung für die Opfer der Flutkatastrophe
- Sofortige Bereitstellung von Wohnraum für alle, die ihre Wohnung verloren haben, durch Beschlagnahme von leerstehenden Wohnungen.
- Auszahlung von 10.000 Euro Soforthilfe an alle Geschädigten, weitere Entschädigung nach Bedarf
- Überführung der Bauindustrie in öffentliches Eigentum zum Wiederaufbau, Warum sollen wenige Unternehmer an der Notlage vieler verdienen?
- Überführung der Versicherungen in öffentliches Eigentum, die Versicherungen sind ihrer Aufgabe nicht nachgekommen. Die Milliardenprofite werden für den Wiederaufbau benötigt.
- Fortzahlung der Löhne und Arbeitsplatzgarantie, aber mindestens eine staatliche Grundsicherung von 750 Euro plus Warmmiete pro Monat für alle, die ihre Existenz verloren haben.
- Sofortige Einführung einer Steuer auf Vermögen und Gewinne. Die Reichen sollen den Wiederaufbau zahlen.
- Wahl von demokratisch gewählten Komitees in den Stadtteilen und Dörfern, die den Wiederaufbau planen und organisieren. Nur so kann Korruption verhindert werden und sichergestellt werden, dass die Hilfgelder auch wirklich bei den Menschen ankommen.

Veranstaltung:

datum

Zeit

Ort:

SAV **Sozialistische** **Alternative**

Informieren und aktiv werden: (030) 24 72 38 02 oder www.sozialismus.info

10 Jahre nach der Rio-Konferenz – die Klimakatastrophe geht weiter

Vor zehn Jahren, 1992, fand in Rio de Janeiro der erste Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung statt, auf dem sich Staats- und Regierungschefs unter anderem mit der zunehmenden Zerstörung der Umwelt befassten. Vom 26. August bis 4. September 2002, zehn Jahre später, soll in Johannesburg ein Nachfolgegipfel stattfinden. Mehr als 60.000 Delegierte werden teilnehmen.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Umwelt weiter verschlechtert. Der Kohlendioxidausstoß ist um 10 Prozent gestiegen, und das obwohl die Wirtschaft im ehemaligen Ostblock zusammengebrochen ist. Verbessert hat sich einzig die Propaganda von Politik und Konzernen. Globale ökologische und soziale Krisen wie die Erderwärmung, die Wüstenausdehnung, die Zerstörung biologischer Vielfalt und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sind von einer Lösung weit entfernt. Der Klimawandel beschleunigt sich. Der Meeresspiegel steigt infolge der Erwärmung, Überschwemmungen nehmen zu. Viele andere Umweltprobleme, wie Vernichtung der Wälder, Wüstenbildung, Trinkwasserversorgung und Artensterben sind nicht gelöst. Selbst das Wissenschaftsgremium der UN, das IPCC, hat festgestellt, dass eine umgehende CO₂-Reduktion von mindestens 60 Prozent notwendig wäre, um den weltweiten Klimawandel aufzuhalten. Im sogenannten Kyoto-Protokoll wurden Reduktionen von fünf Prozent vereinbart, die dann auf der letzten Klimakonferenz in Marrakesch auf 2,5 Prozent herabgesetzt wurden. Gleichzeitig finden an vielen Orten Kriege um Ölreserven und andere natürliche Ressourcen, wie Wasser, statt. All dies wird von den PolitikerInnen in Johannesburg nicht in Frage gestellt werden.

Das zentrale Ergebnis von Rio war die Agenda 21. Sie befürwortet durchgängig die neoliberale Globalisierung, beispielsweise das Festhalten an Atom- und Gentechnologie. Der gesamte Prozess von Rio, Agenda 21 und jetzt Rio+10 in Johannesburg dient vor allem dazu, der Bevölkerung vorzutäuschen, dass man alles im Griff habe. Aktiver Widerstand gegen diese Politik soll damit verhindert werden.

Radikale Umweltprobleme verlangen nach radikalen Maßnahmen

Klimakonferenzen wie in Kyoto oder Johannesburg sind zum Scheitern verurteilt. Die dort verhandelnden Regierungen werden von den mächtigen global operierenden Konzernen mit der Androhung eines Standortwechsels unter Druck gesetzt, die Klimaschutzauflagen nicht zu hoch zu setzen. Ressourcenschonung, Umweltschutz, Arbeitsschutz und Mitbestimmung werden als Hemmnisse betrachtet, die den Profitinteressen im Wege stehen. Auf der Strecke bleibt die Gesundheit und die Lebensqualität der gesamten Erdbevölkerung.

In Deutschland, wo viele noch über die Opfer des Hochwassers schockiert sind, sprechen einige Wirtschaftsexperten zynisch von den Chancen der Hochwasserkatastrophe: Der Wiederaufbau nach einer Naturkatastrophe genau wie nach einem Krieg würde die Wirtschaft beleben – die Hochwasserkatastrophe würde mit einem zusätzlichen Wachstum von 0,25 Prozent zu Buche schlagen. Die Börsenkurse

der Bauunternehmen stiegen kräftig in der letzten Woche. Klar, denn jetzt sind mit dem Wiederaufbau Milliarden zu verdienen und da möchte jeder Kapitalist dabei sein. In diesem System gewinnen die Kapitalisten selbst einer Katastrophe dieses Ausmaßes noch eine positive Seite ab.

Die Antwort jedes vernünftigen Menschen darauf muss sein: Die egoistischen Wirtschaftsinteressen einiger Kapitalisten dürfen nicht länger den Bedürfnissen der Mehrheit nach gesunden Lebensbedingungen im Wege stehen. Kooperation muss Konkurrenz ersetzen. Mit dem heutigen Stand der Technik, mit wissenschaftlicher Zusammenarbeit und vor allem der weltweiten Umstellung der Produktion wird es möglich sein, den Ausstoß der gefährlichen Treibhausgase zurückzuführen, die Gewinnung von erneuerbaren Energien entscheidend auszubauen und allen Menschen auf der Erde eine ausreichende Versorgung mit gesunder Nahrung zu garantieren. Der Kampf gegen das ungesunde kapitalistische Konkurrenzsystem, muss gleichzeitig ein Kampf für eine demokratisch geplante Wirtschaft sein. Die Verantwortung über die Produktion muss der lediglich an ihren Profiten interessierten kapitalistischen Minderheit abgenommen und in die Hände der Mehrheit der ArbeiterInnen, Jugendlichen und RentnerInnen gegeben werden. Nur so kann verantwortungsbewusst im Sinne der Bedürfnisse der gesamten Menschheit und seiner Umwelt gewirtschaftet werden. Die Kosten der Umweltzerstörung müssen in die Planung der Wirtschaft einbezogen werden. Sicherlich wird es mehr kosten, Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr einzuführen, doch auf die gesamte Gesellschaft ist dies billiger, als die Umwelt zu zerstören und dann zu versuchen, sie wieder aufzubauen. Wir brauchen eine demokratische Planwirtschaft: Menschen sind mehr Wert als Profite.

Die SAV fordert:

- Kein Elbeausbau
- Ausbau des Hochwasserschutzes, nicht nur durch Deiche: natürliche Überflutungsgebiete wie Polder müssen geschaffen werden.
- Verstaatlichung aller Betriebe, die umweltzerstörende Produkte herstellen. Umstellung der Produktion unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten
- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke. Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- Rücknahme der Privatisierung der Bahn unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und NutzerInnen, um den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel voranzutreiben. Massive Senkung der Bahnpreise, umweltfreundliche Transportmittel müssen bezahlbar sein.
- Reduzierung des Flugverkehrs durch den Ausbau von Alternativen
- Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum, nur durch eine gesellschaftliche Planung, kann die Umstellung auf regenerative Energien schnell erfolgen.
- Überführung aller landwirtschaftlichen Großbetriebe in öffentliches Eigentum, um die Erzeugung von Nahrungsmitteln endlich auf eine sichere Grundlage zu stellen. Nein zur Massentierhaltung.